

Nichtamtlicher Theil.

Die Politik der Passivität.

Vor kurzem hielten hervorragende Vertreter der rumänischen und serbischen Nation in Temesvar eine Berathung, in welcher über das Programm der nationalen Opposition in Ungarn Beschluß gefaßt werden sollte. Zunächst wurde die Frage discutirt, ob die Nationalitäten eine active oder passive Politik befolgen sollten, und da entschied man sich denn nach kurzer Berathung einstimmig für die Politik der Activität, da, wie die meisten Redner hervorhoben, der passive Widerstand zu keinem Ziele führen würde. Erst nachdem dieser Hauptpunkt erledigt war, wurde zur Feststellung der eigentlichen Punkte des Programms der nationalen Opposition geschritten.

Uns will es scheinen, daß die Herren mit diesem ihrem Vorgehen jedenfalls den richtigeren Weg eingeschlagen, und aus der Geschichte der letzten Jahre Nutzen geschöpft haben. Wahrscheinlich dürften ihnen hiebei besonders zwei Beispiele vor Augen geschwebt haben, und zwar das der magyarischen und das der czecho-slavischen Opposition. Die magyarische Opposition hat in den Jahren 1860 bis 1866 keineswegs, wie irrthümlich geglaubt wird, eine passive, sondern eine active Politik verfolgt; sie hat, trotzdem sie die Rechtsbasis, auf welcher der ungarische Landtag zur damaligen Zeit fußte, nicht anerkannte, diesen Landtag dennoch beschied und auf demselben immer wieder von neuem die 1848er Gesetze, sowie überhaupt alles, was sie als das Recht der ungarischen Nation ansah, reclamirt. Der Erfolg entsprach ihren Erwartungen; sie hat für die Nation eine Stellung errungen, welche die kühnsten Wünsche ihrer Staatsmänner befriedigt.

Wie ganz anders ist aber der Erfolg der czecho-slavischen Opposition. Die zweijährige Politik der Entschlossenheit hat sich nicht nur nicht bewährt, sondern der Nation erhebliche materielle Nachteile gebracht. An der Thatfache, daß die böhmische Opposition völlig isolirt sei und weder praktische Resultate erreicht, noch irgendwo Zustimmung gefunden hat, wird keine noch so schöne Phrase der Journale dieser Partei etwas ändern. Die Geschichte ging über die unfruchtbare Negation derselben zur Tagesordnung über; Oesterreichs Regenerirung wurde von den Vertretern aller übrigen Nationen der Westhälfte des Reiches mit Energie in Angriff genommen und das Glück war ihnen hold. Oesterreich hat in den letzten zwei Jahren einen Aufschwung genommen, wie er nach einer so schweren Katastrophe, wie jene von Königgrätz war, vielleicht beispiellos in der Geschichte dasteht. Eine Fülle von wichtigen und tiefeingreifenden Gesetzen wurde geschaffen, welche Oesterreich in die Reihe der modernen Rechtsstaaten einführte, und auf dem so neuerschaffenen Fundamente wurden dann die mannigfachen Reformen in allen Zweigen des staatlichen Lebens theils durchgeführt, theils angebahnt. Wir haben es wohl nicht nöthig, hier nochmals all das anzuführen, was in Oesterreich seit zwei Jahren auf dem Gebiete der politischen, socialen und wirtschaftlichen Reform speciell geleistet wurde, unparteiische Stimmen des gesammten Auslandes haben hierüber ihr Urtheil gesprochen, und die Wirkungen dieser Maßregeln machen sich auch bereits in dem erhöhten Ansehen Oesterreichs, in dem Aufblühen von Handel und Verkehr und in der Rückkehr des Vertrauens deutlich fühlbar. Das alles geschah ohne Zuthun der Vertreter der czecho-slavischen Nation; sie standen grolend abseits, während die alle Lebensinteressen der eigenen Nation und des eigenen Vaterlandes berührenden Maßregeln beraten und ins Werk gesetzt wurden. Was hätte nicht für die eigene Sache erreicht werden können, wenn man seine Ansprüche auf legalem Boden und in legaler Weise, selbst als Minorität geltend gemacht hätte?!

Haben nicht beispielsweise die Polen bei Berathung der Staatsgrundgesetze sowohl von Seiten der Regierung als der Majorität williges Entgegenkommen gefunden? Wurde ihren Wünschen im Sinne einer Erweiterung der Landtagsautonomie, namentlich durch die taxative Begrenzung der Kompetenz des Reichsrathes, nicht alle mögliche Rechnung getragen? Und hat nicht auch jetzt noch die Regierung gelegentlich der galizischen Landtagsresolution den Beweis geliefert, daß sie den Wünschen und Bestrebungen der einzelnen Nationalitäten, sofern sie nur in legaler Weise geltend gemacht werden, jede nur immer thunliche Berücksichtigung angedeihen läßt?

Wir glauben, daß es noch diesen Erfahrungen wohl nur Sache des Patriotismus, der Ueberzeugung und der politischen Klugheit wäre, wenn nun auch die böhmische Opposition ihre bisherige erfolglose passive mit einer legalen activen Politik vertauschen würde.

Preußen und die Pariser Presse.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Der gänzliche Mangel einer interessanteren Ausbeute aus den deutschen Blättern mag es entschuldigen, wenn wir an dieser Stelle von einem publicistischen Curiosum Notiz nehmen. Die „Schles. Ztg.“ beschäftigt sich heute mit einem Raisonnement über die französische Presse. Die Bedeutung der Pariser Presse richtig erkennend, hätten fast alle Staaten und politischen Parteien, die an der Gestaltung der nächsten Zukunft ein Interesse haben, für ihre Vertretung in derselben gesorgt. „Einzig und allein Preußen“, so fährt die „Schles. Ztg.“ fort, „gegen das sich die vereinigten Anstrengungen so zahlreicher und thätiger Gegner richten, ist in der Pariser Presse unvertreten. Der schwache Versuch mit der lithographirten, nur für Zeitungsredactionen bestimmten „Correspondance de Berlin“ war ein verfehlter. Nur wenn sich gerade Anlaß zu einer Polemik bietet, wird ein Artikel abgedruckt, in der Regel wandert das Papier in den Maculaturkorb der Redactionen, die nicht das geringste Interesse haben, Preußen in Schutz zu nehmen und es dadurch mit ihren Freunden und Gönnern zu verderben. Unter solchen Umständen ist es den für jeden flüchtigen Eindruck empfänglichen Franzosen wahrlich nicht zu verdenken, wenn sie sich von Preußen und seiner Politik keine für uns schmeichelhaften Vorstellungen machen. Wer auf das angewiesen bleibt, was die Pariser Presse berichtet, muß der Meinung sein, daß wir im Innern unter wahrhaft japanesischen Zuständen leben, denen gegenüber das kaiserliche Frankreich ein Eldorado der Freiheit. Diesen Glauben zu nähren und zu kräftigen, genügt es, dann und wann einen Auszug aus den Kammerreden unserer Opposition quand-même oder aus gewissen demokratischen Blättern zu geben. Schon die herrschenden Ansichten über unsere inneren Zustände sind ganz dazu angethan, den Bahn zu nähren, daß ein siegreich den Rhein überschreitendes französisches Heer von einem großen Theile unseres Volkes, ganz besonders aber in den neuen Provinzen, als Befreier begrüßt werden würde.“

Die „Schl. Ztg.“ findet, es gelte, sich diesen Umständen gegenüber der eigenen Haut zu wehren. Durch die officiösen Organe in Berlin und Paris sei dies nicht zu erreichen „Durchgreifend kann nur gewirkt werden, wenn Preußen selbst in der Pariser Presse thätig wird. Heute ist das um so leichter, als Concessionen zur Begründung neuer Blätter nicht mehr erforderlich sind. Täglich entstehen dergleichen. Alle französische Zeitungen sind Geldinstitute, das finanzielle Interesse ist für alle entscheidend. Man braucht noch keineswegs die Bestechlichkeit der Redacteurs als Regel hinzustellen und darf doch behaupten, daß alle Journale für ein Parteiinteresse käuflich sind. Gelingt es also nicht, was vielleicht vorzuziehen wäre, ein oder das andere der bestehenden Blätter für das preussische Interesse zu gewinnen, so versuche man es mit jungen Unternehmungen, denen eine gesicherte Subvention gewiß wünschenswerth wäre.“

„Der Ehrenpunkt kann für den, der die Dienste erkaufte, absolut nicht in Betracht kommen. Es handelt sich überdies zunächst nur um einen Act gerechtester Selbstverteidigung. Die einfache Wahrheit kann uns genügen, um den gefährdeten Schatz der Achtung freier Nationen zu retten und schwachvollen Intriguen entgegenzuwirken. Dieser Wahrheit Gehör zu verschaffen, ist freilich nicht leicht. Wollte man plump mit der Thür ins Haus fallen, dann würde man noch weit schlimmere Erfahrungen machen als König Georg mit seiner „Situation“. Eine Regierung wie die preussische gebietet aber über eine solche Fülle thatsächlichen Materials, daß sie, namentlich bei geschickter Benützung der übrigen deutschen und speciell auch der russischen Presse, ein Journal jedenfalls nicht nur interessant, sondern auch zu einer beachtenswerthen Quelle für die übrige Presse machen kann. Die eigenen specifisch preussischen und deutschen Angelegenheiten müssen dann allerdings mit Zurückhaltung und erst allmählich eingeführt werden. Schon die Polemik anderer Blätter würde einem solchen Blatte die Aufmerksamkeit zuwenden.“

„Woher aber das Geld nehmen? Zunächst glauben wir, daß unsere parlamentarischen Vertreter fortan bei Bewilligung der erforderlichen Dispositionsfonds gewiß keinen Anstand nehmen werden, ihrem Vertrauen in die Leitung der äußeren Politik auch in dieser Richtung Ausdruck zu geben. Hier kann für die Interessen Preußens mit 100.000 Thlr. jährlich mehr geschehen, als durch Verwendung der gleichen Summe auf tausend andere Zwecke. Das stattlichste Reiterregiment kann nicht besser für Preußen und Deutschland kämpfen, als eine wohlbedirgerte Zeitung in Paris.“

„So lange wir indeß uns den Depossedirten gegenüber im Stande der Nothwehr befinden, dürfte eine solche Summe vielleicht nicht reichen. Es ist aber Kriegesfille, die vom Feinde abgenommenen Geschütze gegen ihn selbst zu kehren. Sollte sie nicht auch hier Anwendung finden können? Sollten die bedeutenden Geldmittel, die bisher gegen Preußens staatliche Existenz, gegen seine Ehre und sein Ansehen in Europa verwendet wurden, jetzt nicht für diese Güter in Bewegung gesetzt werden dürfen?“

Ein Erlass des Unterrichtsministers.

Die oberösterreichische Statthalterei hat mit Entscheidung vom 29. September 1868 das Vorgehen des Linzer Gemeinderathes bei der Besetzung der neu errichteten Unterlehrerstellen an den dortigen städtischen Volksschulen als ein incorrectes erklärt, die vorgenommene Besetzung vorläufig nur als eine provisorische anerkannt und die Anordnung getroffen, daß die definitive Verleihung der gedachten Unterlehrerstellen dem Zeitpunkt vorbehalten bleibt, wo die nach § 10 des Gesetzes vom 25. Mai 1863 einzusetzenden neuen Schulbehörden in Wirksamkeit getreten sein werden.

Gegen diese Entscheidung haben sowohl das Linzer erzbischöfliche Consistorium, welches seinen durch die politische Schulverfassung begründeten Einfluß auf die Dienstbesetzungen bei den Volksschulen bis zur Einsetzung der neuen Schulaufsichtsbehörden gewahrt haben will, als auch der Linzer Gemeinderath, welcher die Ausschließung jeder Betheiligung des bischöflichen Consistoriums bei den vorgenommenen und vor der gesetzlichen Regelung des Volksschulwesens noch vorkommenden Dienstbesetzungen auf Grund des citirten Reichsgesetzes in Anspruch nimmt, beim Ministerium für Cultus und Unterricht Beschwerden eingebracht.

Ueber diese Beschwerde hat das Cultusministerium an die k. k. oberösterreichische Statthalterei folgenden Erlass gerichtet:

„Nach §. 14 des citirten Reichsgesetzes hatten alle Bestimmungen dieses Gesetzes — mit Ausnahme derjenigen, welche die Zusammenfassung und die Einrichtung der neuen Schulbehörden, die Abgrenzung des Wirkungsbereiches derselben und den Uebergang des Wirkungsbereiches der früheren an die neuen Schulbehörden betreffen — unter Aufhebung aller mit denselben im Widerspruche stehenden Gesetze und Anordnungen mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit zu treten. Durch diese bereits in Wirksamkeit getretenen Bestimmungen, welche die Aufsicht und Leitung des Volksschulwesens dem Staate zuweisen und den Einfluß der Kirche auf die Beforgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der Religionsübungen sowie auf die Anstellung der Religionslehrer in diesen Schulen beschränken, ist der frühere Einfluß der Kirche auf die Anstellung der weltlichen Lehrer, wie dies auch der Linzer Gemeinderath behauptet, unzweifelhaft aufgehoben. Da aber das Gesetz selbst für den nothwendigen Uebergang in dieser Beziehung keine Vorkehrung getroffen hat, war es Aufgabe des mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragten Unterrichtsministeriums, die deshalb erforderlichen Verfügungen zu treffen. Dieser ihm obliegenden Pflicht glaubte das Ministerium am zweckmäßigsten und im Zusammenhange mit anderen erforderlichen Vorkehrungen durch die Vorlage der Schulaufsichtsgesetze an die Landtage gerecht zu werden, wobei es von der begründeten Voraussetzung ausging, daß die ohnehin nur noch vorübergehende Betheiligung der geistlichen Schulbehörden bei der Anstellung der Volksschullehrer, die überdies bei den durch die Schulpatronatgesetze zumeist den Gemeinden zugewiesenen Präsentationsrechten vorwiegend nur administrativer Natur ist, wesentlichen Anständen nicht begegnen werde.“

Hieraus ergibt sich einerseits, daß der vom Linzer bischöflichen Consistorium mit besonderer Festigkeit in

Anspruch genommene frühere Einfluß auf die Lehreranstellungen an den städtischen Volksschulen in Linz der gesetzlichen Grundlage entbehre, daß aber andererseits ebenso die Beschwerde des dortigen Gemeinderathes als unstatthaft zurückgewiesen werden müsse, weil derselbe bei den fraglichen Dienstbesetzungen, statt die erforderlichen Anordnungen der Staatsregierung einzuholen, sich Rechte anmaßte, welche ihm nach dem Gesetze nicht zustehen.

Indeß sieht sich das Unterrichtsministerium durch die in der vorliegenden Verhandlung hervorgetretenen Thatsachen und insbesondere auch durch das zur Kenntniß des Ministeriums gelangte Vorgehen des Linzer Ordinariates gegen den Linzer Supplenten Franz Pammer veranlaßt, für den Vorgang bei der Besetzung der Lehrer- und Unterlehrerstellen an den aus Communalmitteln erhaltenen Volksschulen in Linz auf so lange bis die Schulaufsicht in Oesterreich im Sinne des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1868 geregelt sein wird, mit Beachtung der bereits in Kraft getretenen Bestimmungen dieses Gesetzes die folgenden Anordnungen zu treffen.

Folgende diese Anordnungen, aus denen wir hervorheben.

1. Die in Erledigung kommenden Lehrer- und Unterlehrerstellen werden im Wege des Concursums besetzt, dessen Ausschreibung der Gemeinderath veranlaßt.

2. Bezüglich des Präsentationsrechtes des Gemeinderathes für die Lehrerstellen ist das Gesetz vom 10ten Juni 1864 maßgebend, und für die Unterlehrerstellen wird ihm dieses Recht hiemit eingeräumt. Derselbe wählt in jedem Falle den von ihm zumeist geeignet Erkannten aus der Reihe der Bewerber, fertigt die Präsentationsurkunde aus und sendet unter Beischluß derselben den Besetzungsaact an die k. k. Statthalterei, welche entweder die Präsentation genehmigt und sofort das Anstellungsdecret für den Ernanneten ausfertigt, oder unter Bezeichnung der entgegenstehenden Hindernisse den Act zur neuerlichen Präsentation an den Gemeinderath zurückleitet. Falls der letztere bei der Präsentation beharren zu müssen glaubt, bleibt es ihm unbenommen, die Entscheidung des Ministeriums für Cultus und Unterricht im Rekurswege einzuholen.

5. Versetzungen der Unterlehrer von einer Schule zur andern, desgleichen die allfälligen Vorrückungen der Unter- und Oberlehrer von einer niederen in eine höhere Gehaltsstufe werden vom Gemeinderathe verfügt und gleichzeitig der k. k. Statthalterei mitgetheilt, Versetzungen der leitenden Oberlehrer sind als neue Anstellungen zu betrachten und zu behandeln.

Ueber die Reform unserer Volksvertretung

bringt die „Debatte“ folgende statistische Betrachtungen: Da die Volkszahl der Länder der ungarischen Krone rund 15 Millionen Seelen beträgt, so entfällt von 442 Deputirten des Unterhauses ein Repräsentant auf rund 34.000 Seelen. Die Leistung an directen Steuern beträgt in runder Zahl 34½ Millionen Gulden, jene an directen Abgaben 43 Millionen, und die gesammte Steuerleistung somit 77 Millionen. Es entfällt also ein Repräsentant auf einen Betrag an directen Steuern von 78.000 fl., auf eine Summe indirecter Abgaben von 97.000 fl., und überhaupt auf ein Steuerquantum von 175.000 fl. Da die Länder diesseits der Leitha eine Bevölkerung von 19.750.000 Seelen haben und an directen Steuern 69½ Millionen Gulden, an indirecten Abgaben 137 Millionen Gulden, zusammen an Steuern also 206½ Millionen Gulden zahlen, so kommt hier nach der gegenwärtigen Befassung ein Abgeordneter erst auf 97.000 Seelen, auf einen Betrag von 342.000 fl. an directen Steuern, eine Summe von 674.000 fl. an indirecten Abgaben und ein Steuerquantum von 1.016.000 fl. Wollte man in Oesterreich die Anzahl der Deputirten in ein gleiches Verhältniß mit Ungarn bringen, so müßte man dieselbe mit Rücksicht auf die Einwohnerzahl auf 613, in Bezug auf die directe Besteuerung auf 930, proportional zu den indirecten Abgaben auf 1394 und im Durchschnitt aller dieser Verhältnisse auf 980 Köpfe erhöhen. Eine derartige Erhöhung der Zahl der Abgeordneten würde aber einen allzu schwerfälligen parlamentarischen Körper bilden, abgesehen von all' den Schwierigkeiten, welche sich der Wählbarkeit, eine so große Zahl geeigneter Volksvertreter im Vereine mit der mehr als 1000 Köpfe betragenden Menge von Landtagsabgeordneten und dem fast 200 Personen umfassenden Oberhause aufzutreiben, entgegenstellen würden.

Das Mindeste, was aber geschehen muß, ist eine Verdoppelung der Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses, welches dann 406 Köpfe zählen würde, was auch ein richtiges Verhältniß zur Zahl der Pairs bilden würde. Mit der einfachen Verdoppelung wäre aber noch wenig gethan, denn die Abgeordnetenplätze sind sehr ungerecht auf die einzelnen Kronländer vertheilt.

Würde man die Zahl der Abgeordneten auf 406 erhöhen und diese Zahl gerecht vertheilen, so würden entfallen nach der Volkszahl auf Nieder-Oesterreich 38, Ober-Oesterreich 14, Salzburg 4, Steiermark 22, Kärnten 8, Krain 10, Küstenland 10, Tirol mit Vorarlberg 18, Böhmen 108, Mähren 42, Schlesien 10, Galizien 104, Bukowina 10, Dalmatien 8.

Das „Vaterland“ für das neue Oesterreich.

Wien, 11. Februar. Erlauben Sie mir, heute einen Artikel wiederzugeben, welchen an hervorragender Stelle das „Vaterland“ bringt. Nicht bloß, daß er in geistvoller Weise gewisse Gegensätze zwischen Preußen und Oesterreich zeichnet — was ihm seine eigentliche Bedeutung verleiht, ist das entschiedene Wohlwollen, welches das feudale Organ fast urplötzlich dem Ringen und den Strebungen im neuen Oesterreich zuwendet. Das „Vaterland“ hebt zunächst die ebenso bemerkens- als beklagenswerthe Erscheinung hervor, daß bei aller persönlichen Tüchtigkeit, bei aller Stärke und Freiheit des Urtheils, bei allem individuellen Unabhängigkeitsinn, der den Norddeutschen charakterisire und ihn vorzugsweise zum politischen Leben befähige, doch der preußische Einfluß und das preußische System dort einen schnellen Niedergang zuwege gebracht habe, und daß die junge Generation im Bereiche der preußischen Machtsphäre wohl gute Administrativbeamte, tüchtige Officiere und stramme Schulmeister erzeuge, sonst aber nichts von dem, was den Menschen von der Maschine unterscheidet. Umgekehrt in Oesterreich. Dort stagnirte bis vor gar nicht langer Zeit jegliches politisches Leben; im Innern Niederhaltung jeder freien Regung, nach außen hermetische Abschließung. Aber „gerade das wiederholte Unglück des Staates, die an Länder und Gauen, an Familien und Individuen unabweisbar herantretenden Krisen und Entscheidungsfällen wecken überall eine bisher unbekannte politische Fähigkeit. Parteien und Programme, Discussionen, Versammlungen, Compromisse und Organe tauchen auf und gehen unter, um in anderer Form neu zu erstehen. Daneben bildet sich trotz aller anscheinenden Verwirrung nach und nach eine gewisse Summe gemeinsamer erkämpfter Einsichten, welche dann feststehen und den fruchtbaren Boden für früher nicht geahnten politischen Fortschritt abgeben.“ „Wer das alte Oesterreich gekannt hat — das ist gewiß ein beachtenswerthes Geständniß gerade von dieser Seite — kann freilich nichts anderes thun, als im stillen Kämmerlein oder im kleinen Kreise von Gesinnungsgenossen die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen; auf der Gasse aber, oder überhaupt irgendwo in der Doffentlichkeit, geht das nicht mehr und wird auch nicht mehr gehen, denn politisches Leben und politische Bildung sind noch immer im Wachsen begriffen. Noch immer wird gerufen nach mehr Licht und nach mehr Hebeln und nach mehr Männern, während man in Preußen immer noch zu viel davon zu haben scheint und den großen Apparat rastlos arbeiten läßt, um da und dort im einzelnen und im ganzen auszulöschen und zu ersticken.“ . . . „Nur ein Blinder — so schließt der Artikel — kann die großen Vorzüge Norddeutschlands und die tiefen Wunden Oesterreichs übersehen, nur ein Vorurtheilsvoller kann einen Causalnexus zwischen Vorzügen und Schäden einerseits und dem relativen Wachsthum politischen Lebens andererseits statuiren wollen. Wäre dem so, so müßte man die staatlichen Vorzüge Norddeutschlands tief bedauern, da sie mit dem Erlöschen politischen Lebens zu theuer erkauft wären, und müßte man Oesterreich wegen seiner Schäden beglückwünschen, da sie ihm einen wesentlichen politischen Fortschritt eingetragen. Indessen ein Causalnexus besteht nicht, höchstens ein Occasionalnexus. Worauf es uns ankommt, das ist die Betonung des großen Vorzuges, den wir bei so manchen traurigen Dingen, welche die Klage oder den Spott herausfordern, an Oesterreich zu bemerken nicht umhin können. Nichts ist leichter zu ordnen als todtte Steine, als widerstandlose Leichen, und die Verwechslung zwischen Leben und Unordnung, zwischen Verwesung und Streben nach besserem liegt gar zu nahe. Wir sehen in Oesterreich ein allseitiges Ringen zur Gesundheit, und ringen ehrlich mit; in Preußen ein müdes Resigniren unter die physisch-kraftige Führung eines ideen- und begeisterungslosen Willens. Wir sind in Oesterreich noch nicht am Ziele, noch lange nicht; aber niemand in Oesterreich wird wünschen, in derjenigen Weise bereits am Ziele zu sein, wie das in Preußen und Norddeutschland heut offenbar der Fall ist, und mehr und mehr zur Vollkommenheit gebeiht.“

Die Nachricht von der Krankheit des Papstes,

bekanntlich unbegründet und eine Erfindung, hat indeß eine Frage wieder angeregt, mit welcher sich vor einigen Jahren französische Blätter beschäftigten. Diesmal spricht die „Liberte“ darüber, indem sie darauf aufmerksam machte, daß Pius IX. am 17. Juni d. J. in das 24. Jahr seines Papstthums eintreten werde. Nun haben bisher nur drei Päpste 24 Jahre regiert; in's 25. Jahr ist mit Ausnahme des h. Petrus keiner gekommen. Daher in Rom die Sage: non videbis annos Petri, d. h. Du wirst die Jahre des Petrus nicht erreichen.

Die „Liberte“ sagt nun darüber: „Pius IX. hat sich freilich dagegen verwahrt, daß dieser Satz ein Glaubensartikel sei. Dennoch aber unterliegt auch er dem Einflusse der alten Legende und glaubt, wie man versichert, daß er vor Ablauf des 24. Jahres sterben werde, obgleich seine Körperbeschaffenheit ihm eher ein langes Leben verheißt und die Familie der Mastai-Feretti an hundertjährigen reich ist, wie denn auch mehrere seiner Dunkel und seine Mutter ein Alter von mehr als 90

Jahren erreicht haben. Danach hätte Pius Aussicht, St. Peter zu überholen.

Aber nicht nur die Römer und der Papst selber denken fleißig an das non videbis annos Petri; man weiß im Vatican sehr wohl, daß ein Theil des auswärtigen, namentlich des französischen Clerus das Heil der katholischen Welt darin sieht, daß der gegenwärtige Wahlmodus abgeändert werde. Viele fragen sich, ob es den Interessen des Katholicismus nicht ungünstig sei, daß der Papst Italiener oder wenigstens von einem vorwiegend italienischen Cardinals-Collegium gewählt sein muß. Mehrere Bischöfe denken und sagen ganz leise, die Wahl eines französischen Papstes könne nur zur Befestigung der zeitlichen Macht des Heiligen Stuhles beitragen. Alles dies im Geheimen; denn die Klugheit, die bischöfliche Cardinaltugend, gestattet es nicht anders.

Aber schwerlich wird es sich vermeiden lassen, daß dieser Gegenstand auf den nächsten Concil zur Sprache kommt, und man nennt jetzt schon den Bischof Maret als denjenigen, der die Aufmerksamkeit seiner Mitbrüder darauf lenken soll. Auch der Diplomatie sind diese Vorgänge natürlich nicht fremd; auch sie denkt daran, daß das non videbis zur Wahrheit werden könnte, und wird das Ihrige thun, die Bischöfe zu unterstützen.“

Russland.

München, 11. Februar. (Die Rüstungen etc.) Das von der Baierschen Landeszeitung, dem Organ der bairischen Mittelpartei, erwähnte und seit her schon dementirte Gerücht, wonach Graf Bismarck an die Regierung der südwestdeutschen Staaten die Aufforderung gerichtet habe, ihre Heere bis zum 1. April in Kriegsbereitschaft zu setzen, gibt der „Süddeutschen Presse“ Gelegenheit zu einer längeren eifersüchtigen Abwehr. Das gleiche Gerücht sei auch im vorigen Jahre in Umlauf gewesen und werde voraussichtlich im nächsten Jahre sich wieder in Schwang setzen. Das Ganze reducire sich „auf den Uus der preußischen Heeresverwaltung, jedesmal mit dem 1. April eines neuen Jahres eine eingehende Revision des sämmtlichen Materiales, der sämmtlichen Kriegsvorräthe vorzunehmen. Die südwestdeutschen Staaten haben sich Preußen zur Waffenbrüderschaft verpflichtet, also würden sie gut daran thun was sich erprobt hat im Bundesstaate, auf die eigenen Einrichtungen anzuwenden. Uebrigens hat sich diese Aufforderung Herrn v. Bismarck's nicht an die südwestdeutschen Staaten zu richten, wenn sie nun einmal nach der V. L. Z. existiren muß, sondern an Baiern und an einen anderen süddeutschen Staat. Baden hat seinen Militärverband mit Preußen schon und Hessen nicht minder.“ So weit die „Südd. Pr.“ Die „Corr. Hoffm.“, ein inspirirtes Organ, schreibt darüber: „Das Gerücht, dessen die Baier. Landesztg. in ihrem gestrigen Abendblatte erwähnt, als ob an die süddeutschen Staaten eine Aufforderung zur Kriegsbereitschaft ergangen wäre etc., ist durchaus unbegründet. Wir müssen hierbei dem Wunsch Ausdruck geben, daß, bevor derartige Gerüchte durch die Presse zur weiteren Verbreitung gelangen, über Grund oder Ungrund derselben die nöthigen Erkundigungen eingezogen werden möchten, was bei den zur Zeit bestehenden Verhältnissen für die Redaction eines Münchener Blattes nicht eben schwer ist.“

Berlin, 13. Februar. (Sitzung des Herrenhauses.) Bei der Debatte über die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg und des Kurfürsten von Kassel erklärte der Minister-Präsident: Der Vertrag vom September 1867 sei nicht ein privater, sondern ein Staatsvertrag. Man contrafirmirte nicht Privatverträge. Derselbe war kein Friedensvertrag, aber ein Waffenstillstand, den König Georg nicht gehalten hat. Die Vorfahren des Königs Georg vertrieben die Stuarts und gaben ihnen keine Entschädigung. Die verschiedenen Linien des Hauses Bourbon, welche durch die Umwälzungen in Frankreich, Spanien und Sicilien ihre Throne verloren, haben weder Geldentschädigungen erhalten, noch wurden solche beantragt. Würden die beteiligten Staaten ihnen Gelder zahlen, so würden sie dieselbe gewiß von dem Augenblicke zurückziehen, wo die bourbonischen Dynastien anfangen, Regionen im Auslande zu bilden. Wir haben keinerlei Eroberungs-, sondern einen Vertheidigungskrieg gegen eine übermächtige Coalition geführt, die Preußen demüthigen und Deutschland die Verfassung vom Jahre 1863 und den Frankfurter Fürstencongress aufzwingen wollte. Nicht Eroberung, sondern Sicherheit für die Zukunft haben wir durch die Annexion Hannovers gesucht.

Constantinopel, 13. Februar. (Ministerveränderungen.) Das Ministerium des Aeußern wurde mit dem Großvezirate vereinigt. Der Sultan hat in Würdigung der Verdienste Fuad Pascha's die Ernennung des Nachfolgers desselben verjagt. Riamil Pascha wurde zum Präsidenten des Staatsrathes, Wihbat Pascha zum Gouverneur in Bagdad ernannt. Weiter wurde ein Ministerium des Innern creirt und der bisherige Finanzminister Mehemed Ruchdy Pascha mit dem Portefeuille desselben betraut, Sadik Effendi wurde Finanzminister mit dem Range eines Bala. Der Sultan ordnete die Abholung der Leiche Fuad Pascha's durch einen Arsenaldampfer an.

Proceß Karageorgievich.

(Dritter Verhandlungstag.)

Pest, 10. Februar.

Beginn der Sitzung 9 Uhr 15 Minuten.

Referent wiederholt den Inhalt der Aussagen des Kosta Antonovics, denen gegenüber der Fürst äußerte, es sei scheußlich, auf einem blutigen Thron zu sitzen.

Der Fürst sagt über Antonovics, der Officier, dann wieder Polizeibeamter, endlich sein Güterverwalter war, Antonovics habe ihn öfter besucht. Er bemerkt besonders, daß Antonovics mit dem jetzigen Präsidenten Nistic und Blasnowatz verwandt sei.

Richter: Haben Sie dem Antonovics über einen von Radovanovich gemachten Antrag erzählt?

Angeklagter: Ich habe weder Antonovics, noch jemand andern etwas über die Ermordung erzählt.

Richter: Antonovics gibt aber an, daß Sie ihm erzählt hätten, Radovanovich habe Ihnen den Antrag gemacht, die jetzige Ordnung umzustürzen, denn man könne auch auf einem blutigen Throne sitzen, indem er auf ein Bild Ihres Vaters hindeutete und bemerkte, daß auch Milosch Ihren Vater ermorden ließ und so einen blutigen Thron bestieg.

Angeklagter: Das ist nicht wahr; ich habe von Radovanovich etwas Aehnliches nicht gehört, daher ich also auch dem Antonovics nichts darüber erzählen konnte.

Richter: Antonovics erzählte, daß Sie ihm mitgetheilt hätten, dem Plane des Paul Radovanovich beizustimmen, die Ordnung in Serbien umzustürzen und Ihren Sohn Peter auf den Thron zu bringen.

Angeklagter: Das ist nicht wahr, ich habe mit Antonovics, als er bei mir in Vokszeg war, nur über Güterangelegenheiten gesprochen.

Mündlich bemerkt der Fürst hiezu: Man kann aus der ganzen Untersuchung sehen, daß es nicht wahr ist; denn hätte ich wirklich einen Umsturz beabsichtigt, so hätte ich doch auch dem Antonovics eine Rolle zugeacht, nachdem ich ihn ins Geheimniß eingeweiht, was aber nicht der Fall war. In Semlin hat Antonovics übrigens bei der Confrontation gesagt, daß er falsch aussagen müsse, da seiner sonst in Serbien Hunger und Folter harren. Im Uebrigen berufe ich mich auf meine Verteidiger.

Referent Sebestyen: Diese Bemerkung machte der Fürst auch bei der Confrontation mit Antonovics in Semlin, welcher aber erwiderte, daß kein Geld der Welt ihn veranlassen könnte, zu lügen, und als man ihn auf das Schiff brachte zur Confrontation, bemerkte er, er wäre lieber in die Erde versunken.

Angeklagter: Ich bedauere, daß der Körper des Antonovics bei der Confrontation nicht untersucht wurde, man würde die Spuren der Folter an ihm wahrgenommen haben.

Ankläger: Nachdem in Semlin nicht nur Antonovics, sondern auch die andern confrontirten Angeklagten befragt wurden, ob sie nicht etwa durch Folter gezwungen worden seien, so auszusagen, worauf alle geantwortet haben, daß sie weder durch Hunger noch durch sonstige Folterqualen geplagt wurden — auch die Gefangenwärter bestritten alle das Foltern — wie gelangt nun der Angeklagte dazu, diese Behauptung bezüglich der Folter aufzustellen?

Karageorgievich: Woher hat der Ankläger die Sicherheit, daß dies nicht geschehen ist? in Serbien müssen diese Personen so aussagen, wie ihnen befohlen.

Ankläger Strokaj: Das konnte vielleicht unter der Regierung des Angeklagten der Fall gewesen sein, jetzt gilt dies nicht. Uebrigens sagen Sie (zum Dolmetsch) dem Angeklagten, daß er als Angeklagter hier nicht zu fragen, sondern nur auf die Fragen zu antworten hat.

Dr. Tuntak: Dem öffentlichen Ankläger steht das Recht, die frühere Politik des Angeklagten zu kritisiren, nicht zu; ich bitte den Gerichtshof, das zu mißbilligen.

Angeklagter: Ich weiß das von den Foltern aus den halbamtlichen Zeitungen.

Dr. Tuntak: Ich bedauere, daß der Ankläger diesen Umstand angeführt hat, und ich werde Gelegenheit haben, nachzuweisen, daß Radovanovich und zwei Genossen wirklich gefoltert wurden.

Richter: Antonovics sagt, daß er Ihnen angerathen habe, mit dem vorgehabten Umsturz aufzulassen, da sich das Volk gegen Michael nicht erheben werde, worauf Sie erwiderten, es sei schon Ihr fester Entschluß, dem Plane des Radovanovich beizustimmen.

Angeklagter: Das ist nicht wahr. Ich muß übrigens noch einmal bemerken, daß Antonovics ein Verwandter zweier jetziger Regenten sei, die ihn bestimmten, so auszusagen, denn alles, was Antonovics ausgesagt, ist unwahr.

Referent: Jetzt folgt die Verlesung der Aussage des Andreas Bilotievics (ausgenommen in Belgrad am 10. Juli alten Stils). Er war beim Fürsten Güterverwalter. Diese Aussage ist eine der am meisten belastende, wie der Referent bemerkt. Als ich in Pest war, sagte er, hat mir der Fürst mitgetheilt, ich könne Radovanovich, so oft er nur verlange, Geld geben, ich habe ihm auf dreimal 500 bis 600 Ducaten gegeben. Zu welchem Zwecke er das Geld bekam, mußte ich nicht, ich habe stets die Quittungen nach Pest gesandt. Trifkovic hat mir öfters geschrieben, ich solle dem Radovanovich

Geld geben, so oft er verlange, die Briefe hat er mir aufgetragen zu verbrennen, was ich auch that. (Referent: Fünf Briefe sind aufgefunden worden.) Dann war ich wieder in Pest, wo sie mir von dem Plane Mittheilung machten. Ich habe gewartet, bis Radovanovich Geld verlangen wird, was er nicht that. Im März traf ich dann Trifkovic in Vazias, der mir 27.800 fl. übergab und bat, erst dann es ihm wieder zu geben, wenn er den Mord an Michael vollbracht haben wird. Ich hätte ihm auch dann das Geld übergeben, so aber wurde daselbe bei mir vorgefunden. Als der Fürst und Trifkovic mir das Vorhaben des Mordes mittheilten, bat ich sie, mich nicht ins Unglück zu stürzen, da antworteten sie mir: „So gehe, du wirst nicht nur kein Geld bekommen, sondern wirst auch nichts zu essen und kein Haus haben, gehe hin, crepire mit deinem Weibe und deinen Kindern!“ statt, daß sie die flehende Bitte eines armen Dieners sich zu Herzen genommen hätten.

In seinem zweiten Verhöre sagt Bilotievics, daß er außer den 27.800 fl. noch 500 Duc. erhielt, um damit eine Schuld des Fürsten an einen Kaufmann in Belgrad zu bezahlen. Ich mußte als Familienvater und Diener so handeln und konnte das Vorhaben nicht anzeigen. Stankovic theilte mir mit, vor 10 Monaten dem Fürsten 500 Ducaten in Vokszeg geborgt zu haben. Später verlangte er von mir das Geld, was ich ihm zufolge Antrags des Fürsten auch ausbezahlte. (Um drei Viertel auf 11 Uhr geschieht eine kurze Unterbrechung der Sitzung.)

Hierauf wird das Verhör verlesen, welches mit Bilotievics später wieder am Krankenlager aufgenommen wurde. Hier hat er die obigen Angaben wiederholt, nur fügte er hinzu, daß er hoffte, Radovanovich werde den Fürsten Karageorgievich betrügen und das Vorhaben nicht ausführen, weil Radovanovich, als er vor Bilotievics die 27.800 Gulden verlangte und dieser ihm bedeutete, er dürfe ihm das Geld nur nach vollbrachten Morde übergeben, die Aeußerung fallen ließ, er werde sich an dem Fürsten rächen, was sich nur auf Karageorgievich beziehen konnte.

Referent verliest eine weitere Aussage des Radovanovich, bezugnehmend auf das Geständniß des Bilotievics. Nach der ersten Verathung mit dem Fürsten über den Umsturz erhielt ich von ihm 200 Ducaten und er beauftragte zugleich seinen Verwalter Bilotievics, mir, so oft ich Geld zu Werbungen und andern ähnlichen Zwecken benöthigen werde, selbes auszufolgen.

Referent: Bilotievics hat in seiner ersten Aussage angegeben, die 27.800 fl. zum Ankaufe türkischer Gründe in Belgrad vom Fürsten erhalten zu haben. Das hiesige Gericht wandte sich an das serbische auswärtige Ministerium mit der Frage, ob dort wirklich solche ärarische Gründe verkauft wurden? worauf das Ministerium antwortete, daß solche Gründe nicht verkauft würden.

Verteidiger Farkas: Sind die Angeklagten von dieser Zuschrist verständig worden? — Referent: Es wird geschehen.

Folgt die Verlesung der weiteren Aussagen des Fürsten. Bilotievics kannte ich noch, als er unter meiner Regierung Zollbeamter war, dann kam er mit mir nach Pest, ging dann nach Constantinopel und kehrte endlich nach Serbien zurück, wo ich ihn im Jahre 1867 mit der provisorischen Verwaltung meiner Güter betraute, da ich wußte, daß er ein sehr armer Mensch ist. Ich zahlte ihm monatlich zehn Ducaten. (Trifkovic muß sich entfernen.)

(Schluß folgt.)

Tagesneuigkeiten.

— (Der Personal-Schematismus aller österr.-ungar. Eisenbahn- und Dampfschiffahrt-Gesellschaften.) herausgegeben von A. Lausch, Bureauchef, und Karl Graf Stubid, Sekretär der Südbahn in Wien, 2. Jahrgang, wird gegen Ende April l. J. erscheinen. Es mußte heur dieser spätere Termin für die Herausgabe des Werkes gewählt werden, weil die Aenderungen in der Organisation mehrerer größerer Bahninstitute, dann die Konzessionirung einiger neuer Unternehmungen, endlich die Betriebseröffnung neuer Linien, mit dem hiedurch bedingten Wechsel des Personals darin ihren Platz finden sollen. Das Werk hat auch den durch die politische Neugestaltung des Reiches vollzogenen organischen Veränderungen Rechnung getragen, mußte daher ganz umgearbeitet, erweitert und vermehrt werden, wodurch es an Umfang den 1. Jahrgang bei weitem übertreffen wird. Ungeachtet des reichhaltigeren Stoffes und der gleich werthvollen Ausstattung, wird der gleiche mäßige Preis, wie beim 1. Jahrgang beibehalten werden können, da das Buch wieder im Selbstverlage der Herausgeber erscheint.

— (Ein interessanter Uebertritt.) Aus verlässlicher Quelle wird der „M. U.“ mitgetheilt, daß der Pfarrer des berühmten Wallfahrtsortes Klein-Zell zur evangelischen Kirche übergetreten ist und dieser Tage in Böhmöhl sich mit der Tochter eines Kleinzeller Bürgers trauen ließ.

— (Elychnjusz.) In Temesvar entliefen drei Sträflinge aus dem Kerker; einer darunter, ein Braudstifter, ging in eine Ortschaft, wo ihn ein Verwandter wieder gefangen nahm. Der Sträfling wehrte sich, wurde aber von dem mit Stöcken, Eisengabeln und ähnlichen Waffen herbeilaufenden Volk todtgeschlagen.

— (Fuad Pascha), der tüchtigste unter den türkischen Staatsmännern, ist am 11. Februar in Nizza im Alter von 54 Jahren gestorben. Derselbe war während seiner Thätigkeit das Haupt der gemäßigten Reformpartei, welche zwischen den sogenannten Alttürken und den radicalen Anhängern Fazy's die Mitte hielt.

— (Großartiger Schwindel.) Vor einigen Tagen ist, Berliner Blättern zufolge, ein Schwindel verübt worden, der an Dreistigkeit alles Dagewesene übertreffen dürfte. In unmittelbarer Nähe von Tempelhof bei Berlin wird gegenwärtig die neue Verbindungsbahn vorübergeführt und ein Bahnhof errichtet. Als Baumaterial lagern schon seit einiger Zeit auf der Tempelhofer Feldmark große Quantitäten Mauersteine, welche die Bahn hat anfahren lassen. An einem Tage in der vergangenen Woche erscheint nun bei dem Restaurateur Kreideweiß in Tempelhof ein feingekleideter Herr und stellt sich demselben als Disponent der großen Steinhandlung von Schüttler & Comp. in der Ziegelstraße in Berlin vor. „Unser Haus befindet sich in der fatalen Lage,“ erzählte er dem Wirth, „daß ihm eine Partie von über 100.000 Steinen, die in Ihrer Feldmark lagern, von der Bahnverwaltung wieder zur Disposition gestellt sind; wir würden die Steine gern an Ort und Stelle zu billigen Preisen verkaufen, um durch die bedeutenden Abfuhrkosten nicht noch größere Verluste zu erleiden.“ Der Wirth glaubt versichern zu dürfen, daß die Tempelhofer Bauern mit Vergütung die Gelegenheit zu einem billigen Einkauf benutzen würden. Der vermeintliche Disponent erklärt, daß er am liebsten die Steine so rasch wie möglich im Wege der Auction loszuschlagen möchte; der Schulze wird herbeigeholt, ist mit dem Vorschlage einverstanden, und eine Stunde später verkünden an allen Ecken und Bäumen Zettel den Tempelhofern und der Umgebung, daß am folgenden Tage 100.000 Mauersteine im Wege der Auction verkauft werden sollen. Das ganze Dorf und viele Bauern aus Nachbarorten finden sich zur bestimmten Stunde „im Krug“ ein und die Auction findet statt; 1000 Stück Mauersteine werden mit 5 Thaleru losgeschlagen und die Bauern kaufen so fleißig, daß in kürzester Zeit die ganze Masse vergeben ist. Der Ganner streicht das Geld ein und verschwindet. In den nächsten Tagen schon machen sich die Bauern daran, ihre billigen Steine abzuführen, und die aufgestapelten Haufen werden immer kleiner. Da führt der Zufall einen höhern Bahnbeamten herbei, während eben ein Bauer seine Steine aufladet. Natürlich wurde die Abfuhr sofort unterbrochen und über den Verkäufer das nöthige mitgetheilt. Um die bedeutenden Kosten des Rücktransports zu sparen, haben nun die meisten Käufer erklärt, die Steine behalten und den wirklichen Preis dafür an die Bahn zahlen zu wollen.

— (Die siamesischen Zwillinge.) Nach 33jähriger Abwesenheit erschienen leghin die siamesischen Zwillinge, deren Conterfei übrigens schon seit Wochen in Lebensgröße an allen Ecken angeschlagen war, vor dem englischen Publicum. Ein unternehmender Amerikaner führte sie zurück. Das merkwürdige Paar ist im Jahre 1804 geboren und hat sein bisheriges Leben trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten einträchtig und ohne Zank zugebracht. Wie die beiden dem Dreizehnjährigen zusammengekommenen Männer über die kleine Bühne des Egyptian Hall daherschritten, wunderten sich die Zuschauer nicht wenig über die seltsame Laune der Natur. Die Brüder sehen einander sehr ähnlich, doch ist, wie das häufig bei Zwillingen der Fall, der eine etwas stärker und vielleicht einen Zoll größer als der andere. Ihre Züge sind der siamesischen Bildung ähnlich, jedoch im Allgemeinen größer entwickelt. Beide sind verheiratet, und zwar an zwei Schweftern von amerikanischer Abkunft. Zu den übrigen Dingen, die sie mit einander gemein haben, ist auch die gleiche Zahl von neun Kindern zu rechnen, die beiden Ehen entstammen. Zwei ihrer Töchter sind bei der Vorstellung zugegen und händigen den Zuschauern gegen einen kleinen Betrag die Photographie der Zwillinge ein. Wie es heißt, wird das Gefühl eines von außen kommenden Schmerzes nur von dem Betroffenen empfunden, während in Gemüthsbevegungen, Respiration und Circulation des Blutes die Gemeinsamkeit hervortritt. Das seltsame Paar spricht wenig unter sich und findet auch kein Vergnügen an Spielen, deren Hauptinteresse in einem Wettkampfe des Spieles gegeneinander (wie beim Schach) besteht. Ihre angenehmste Erholung ist in einem Gig spazieren zu fahren und die Erinnerung, daß sie sehr oft mit ihrem Fuhrwerk umgeschlagen sind, hält sie durchaus nicht ab, die Sache immer wieder zu unternehmen. Der Krieg hat ihren früheren Wohlstand zerrüttet und die jetzige Expedition nach Europa ist als eine Sache der Nothwendigkeit zu betrachten. Aerztliche Autoritäten sollen die Trennung widerrathen haben. Das nächste Ziel ihrer Reise wird Paris sein. Vielleicht, um den Gegensatz hervorzuheben, erscheint eine sehr schöne, ungewöhnlich bräunete Fischerkessin mit den Zwillingen vor dem Publicum und erbietet sich, mit den Zuschauern in fünf Sprachen eine Unterhaltung zu führen.

Locales.

— (Die Concessionsbewerber um die Laibach-Tarviser Bahn.) Dem „Laib. Tgbl.“ wird aus Wien, 13. Februar geschrieben: Die Angelegenheit der Concessionsertheilung für die Linie Laibach-Tarvis ist dem Abschlusse nahe. Die Concession erhält die Kronprinz Rudolfsbahn, welche dem Vertreter des Laibacher Concessions-Herrn Dr. Toman eine angemessene Entschädigung „für gemachte Vorauslagen und Bemühungen“ gibt, zugleich tritt Dr. Toman als Verwaltungsrath zur Rudolfsbahn ein. Der Bau wird dem Unternehmer Klein übertragen und der Mitbewerber Pongray bekommt eine „Entschädigung.“ Die Geldbeschaffung — das gewinnbringendste Moment in derlei Operationen — übernehmen

gemeinschaftlich die Creditanstalt, die Anglo-bank und die Frankobank; die Rudolfsbahn emittirt zu diesem Zwecke eine neue Serie von Prioritäten und von Aktien. Das fusionirte Consortium soll etwa 65.000 fl. pr. Meile von der im Gesetze als Maximum festgestellten Summe (1,200.000 fl. pr. Meile), welche vom Dr. Toman ursprünglich als absolut nothwendig auch verlangt wurde, nachgelassen haben. Bei diesem Streite um die Concession hat jedenfalls die Regierung ein gutes Geschäft gemacht, indem der Preis um etwa 800.000 fl. herabgedrückt wurde.

(Gartenbauverein für Krain.) Vorgestern Vormittags fand im Landhause eine Zusammenkunft mehrerer hiesigen Gartenbesitzer und Gartenbaufreunde statt, um über die Mittel und Wege zu berathen, wie nach dem Muster der in den Hauptstädten der Nachbarländer sehr erfolgreich wirkenden Gartenbaugesellschaften auch in Krain ein ähnlicher Verein ins Leben zu rufen wäre. Die Einladung hierzu war vom Herrn Landespräsidenten Conrad von Eybesfeld ausgegangen in Folge mehrerer ihm zugekommenen Ansuchen zur Ergreifung einer Initiative, welche durch einen diesen Gegenstand erörternden Artikel, der seinerzeit in der „Laibacher Zeitung“ erschienen war, veranlaßt wurden. Nach einer kurzen Ansprache des Herrn Landespräsidenten, worin er die Aufgabe eines solchen Vereins präcisirte, ergriff Herr Ritter v. Guttmannsthal das Wort und stellte den Antrag, es mögen sich die Anwesenden als Gründungscomité constituiren und aus ihrer Mitte einen Specialauschuß wählen, welcher einen Statutenentwurf der später einzuberufenden, durch neue Mitglieder zu verstärkenden Generalversammlung vorzulegen hätte. Gleichzeitig wurde eine Subscription von Gründungsbeiträgen zur Befreiung der ersten Vereinsauslagen vorgenommen. In den Specialauschuß wurden gewählt die Herren: Landeshauptmannstellvertreter Peter Kosler, Ritter v. Guttmannsthal, Deschmann, Lajniß, Dr. Eisl. Es ist zu wünschen, daß diese einleitenden Schritte von einem günstigen Erfolge begleitet wären und die vielen im Lande zerstreuten Freunde des Gartenbaues die Vereinszwecke durch zahlreichen Beitritt und praktische Mitwirkung fördern möchten.

(Naturschau.) Im Freien wurden bereits einzelne Thurmfallen (Falco tinunculus) gesehen. Dieser Vogel findet sich sonst erst in der zweiten Hälfte des März ein. Auch verschiedene Strandläuferarten zeigten sich auf dem Moraste. Die gewöhnliche Eidechse (Lacerta agilis) spinnet sich an südlich gelegenen Stellen, einzelne Fledermäuse machen schon in der Abenddämmerung nach den in der Luft schwirrenden Mücken Jagd.

(Zur Irenhausfrage.) Wie wir aus scheinbarer Quelle vernehmen, wird die Berufung des Psychiaters Professor Schläger für unser Land gute Früchte tragen, indem über seinen motivirten Antrag der auch in unserem Blatte bereits wiederholt als unzumuthig bezeichnete Adaptirungsplan des hiesigen Irenhauses aus humanitären und irrenärztlichen Rücksichten als nicht geeignet zur Ausführung erklärt, dagegen die Errichtung einer neuen, zweckmäßig eingerichteten Irenanstalt, als auch in finanzieller Rücksicht am meisten entsprechend empfohlen wurde; welcher Ansicht auch die zu diesem Behufe vom h. Landesauschusse einberufene Commission einhimmig beipflichtete.

Aus dem constitutionellen Verein.

In der gestrigen Versammlung motivirte Dr. Gauster seinen Antrag auf Entwerfung eines Programms der einer Lösung am dringendsten bedürftigen wirtschaftlichen Fragen Krains, welche der Ausschuss spruchreif zu machen und zur Entscheidung durch den Verein zu bringen habe. Dr. Gauster wies darauf hin, daß aller Stillstand in wirtschaftlichen Dingen zu ökonomischem und geistigen Rückschritt führe, daß die Landesvertretung dieses Feld bisher aus staatsrechtlichen oder nationalen Rücksichten noch wenig angebahnt habe, insbesondere hob er als die grellsten wirtschaftlichen Mißstände die Unwirtschaft im Walde, den Mangel eines Wasserrechtsgesetzes, das Creditwesen des kleinen Grundbesitzes, das Armenwesen, den agronomischen und Viehwirtschaftsbetrieb, den vernachlässigten Zustand der Kleingewerbe, und der Eisenindustrie hervor. Es sei daher nothwendig, daß die Freunde verfassungsmäßigen Fortschrittes ihre Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen Fragen zuwenden, für welche das Volk immer die regste Empfänglichkeit habe. Dr. v. Schrei unterstützte den Antrag des Dr. Gauster und stellte nur das Amendement, die formelle Behandlung des Gegenstandes dem Ausschusse zu überlassen, der darüber in der nächsten Hauptversammlung zu berichten habe, in welcher Modification der Antrag angenommen wurde. Finanzconceipist Dimig entwickelte sodin die Grundzüge des neuen Systems der directen Besteuerung, wie es in den Gesetzesentwürfen über die Grund-, Gebäude-, Erwerb-, Personaleinkommen- und Rentensteuer vorliegt, mit vergleichendem Rückblick auf die frühere Gesetzgebung und mit ziffermäßigen Daten über die finanziellen Ergebnisse der bisherigen Besteuerung.

Es wurde sodin die Debatte über diese Gesetzentwürfe eröffnet. Dr. Suppan sprach im Namen des Ausschusses über den Grundsteuerentwurf und stellte mit erschöpfender Begründung den Antrag, der Verein wolle beschließen, an das Abgeordnetenhause des h. Reichsrathes eine Petition zu richten des Inhaltes: 1) daß ein Grundsteuermaximum festgesetzt, 2) daß die zeitliche

Steuerbefreiung für urbar gemachte Grundstücke für einzelne Culturen, wie z. B. Weingärten, welche erst nach einer längeren Reihe von Jahren zur Ertragsfähigkeit gelangen, oder bei Aufforstungen über 10 Jahre hinaus erweitert, 3) daß mit Rücksicht auf den Umstand, daß Krain an Cerealien mehr bedarf, als es erzeugt, daher die Marktpreise schon wegen der Zufuhr höher sind als anderwärts, nicht der Durchschnittspreis der letzten 20 Jahre bei der Ertragschätzung zu Grunde gelegt werde, sondern daß eine Parifiration mit den anderen Ländern mit Rücksicht auf die Erzeugung einträte und daß dort, wo die Abgavverhältnisse sich vollständig geändert haben, wie dies in Unterkrain bezüglich des Weines der Fall sei, die Preiserhebung nicht mittelst des Durchschnittes der letzten 20 Jahre, in welchen die Weinpreise wegen der Traubenkrankheit ausnahmsweise ungewöhnlich groß gewesen, sondern in anderer Art zu geschehen habe, und 4) daß in den Bezirken, wo Grundstücke vorkommen, welche besondere Schutzmittel bedürfen, für dieselben eine eigene Bonitätsklasse festgesetzt werde. Diese Anträge wurden von der Versammlung einstimmig angenommen und wegen vorgerückter Zeit die Fortsetzung der Besprechung der Steuerentwürfe am kommenden Montag, 22. d. M., beschloffen.

Neuere Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung“.)

Wien, 15. Februar. An der heutigen Börse war das Gerücht verbreitet, die Nationalbank werde die Funktionen des Reichsfinanzministeriums übernehmen und dieses auf Andringen der ungarischen Regierung aufgelöst. Bankactien stiegen in Folge dessen von 728 auf 744.

Florenz, 14. Februar. Der Senator Palocapa, ist 82 Jahre alt am 13. d. M. in Turin nach kurzer Krankheit gestorben. In Terni wurde ein römischer Emigrant Paolo Nardi am 7. d. M. todt gefunden. Er hatte sich den Hals abgeschnitten. — Der italienische Finanzminister wird zu Ende dieses Monats der Kammer das Finanzexposé überreichen. Es soll über Antrag des Minister Ciccione eine höhere landwirthschaftliche Schule gegründet werden. Die „Correspondance Italienne“ widerlegt in einem Artikel die Gerüchte von einer Offensiv- und Defensivallianz Frankreichs und Italiens mit Hinblick auf einen bevorstehenden Krieg. In der Provinz Palermo nimmt der Karunkeltyphus große Dimensionen an. In der Nähe von Siena wurde der Postwagen angefallen und beraubt.

Die „France“ veröffentlicht unter dem Titel: „Supplik der Bulgaren an die Pariser Conferenz“ ein von dem Erzbischof Panaret Baclico und etwa vierzig anderen Bulgaren unterzeichnetes Schriftstück, in welchem dieselben die politischen Wünsche ihrer Nationalität, wie folgt, formuliren: 1. Autonomie mit nationaler Verwaltung; 2. eine durch das allgemeine Stimmrecht in zwei Graden gewählte Landesvertretung, und 3. einen durch diese Landesvertretung gewählten und durch den Sultan bestätigten Gouverneur.

Paris, 14. Februar. Die Regierungsjournale tabeln lebhaft die Haltung des belgischen Cabinets anlässlich des dortigen Kammerootums über die belgischen Eisenbahnen. Sie sagen, der bezügliche Gesetzentwurf sei von ungerechtfertigter Furcht inspirirt und dem Interesse einer Entwicklung der internationalen Beziehungen entgegen.

Paris, 15. Februar. (Tr. Ztg.) „Siecle“ bringt einen energischen Artikel gegen Preußen. Die Wuth der preußischen Journale müsse Europa mit Mißtrauen erfüllen, von Preußen sei nichts für die Freiheit zu erwarten. Preußen täuscht Deutschland, es wird Deutschland nur einen Herrn und Gesetze geben; Preußen intrigirt überall, in Böhmen, Montenegro, Rumänien, Egypten. Deutschland verdient ein besseres Loos als Preußen ihm vorbehält.

Madrid, 14. Februar. Socialistische Banden in Galicien werden signalirt.

Telegraphische Wechselcourse

vom 15. Februar.
5perc. Metalliques 62. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62. — 5perc. National-Anlehen 67.70. — 1860er Staatsanlehen 97.40 — Bankactien 737. — Creditactien 289.40. — London 121.90. — Silber 119.50. — R. f. Ducaten 5.73

Das Post-Dampfschiff „Allemannia“, Capitän Winzen, ging, am 3. Februar von Hamburg via Havre nach New-York ab.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Zur Convertirung der Staatsschuld. Von der k. k. Direction der Staatsschuld ist nachstehende Kundmachung erfolgt: In Modificirung des Punktes 4 der hierortigen Kundmachung vom 2. Jänner 1869 werden über ministerielle Anordnung die Course für die Aufzahlungen der Parteien auf die durch Theilschuldverschreibungen nicht bedeckbaren Beträge bis auf Weiteres für in Noten verzinsliche neue Schuldtitel der einheitlichen Staatsschuld mit 62 Percent, für in klingender Münze verzins-

liche neue Schuldtitel der einheitlichen Staatsschuld mit 67 Percent und für Hinauszahlung an die Parteien zu einem um 2 Percent minderen Course, als die eben genannten, festgesetzt. Weitere Aenderungen der fraglichen Coursebestimmungen werden in Zukunft nur mittelst Affigirung in der k. k. Staatsschuldencasse bekannt gegeben werden.

Betriebsausweise der österr. Eisenbahnen. Wir finden in der „Wiener Ztg.“ den ersten von amtlicher Seite publicirten Ausweis „über die Betriebseinnahmen der im Refort des k. k. Handelsministeriums stehenden und der gemeinsamen Eisenbahnen für den Monat Jänner 1869“ veröffentlicht. Von den drei Hauptverkehrsadern Oesterreichs, der Nordbahn, Staatsbahn und Südbahn, angefangen bis zur drei Meilen langen Brunn-Kloßitzer Bahn hinab ist jede unserer Eisenbahnen mit ihren Einnahmen und den im Vergleich zu den correspondirenden vorjährigen Betriebsergebnissen sich ergebenden Differenzen verzeichnet. Der Vergleich der Ergebnisse mit jenen im gleichen Monat des Vorjahres zeigt, daß die Personenfrequenz sich durchgehend gesteigert hat, während der Frachtenverkehr bei einigen Bahnanstalten eine Einbuße erlitt. Die bedeutenderen Bahnen weisen aus:

	Gesamteinnahme 1869	Mehr gegen 1868	Weniger gegen 1868
Kaiser Ferd.-Nordb.	2,054.396 fl.	266.707 fl.	— fl.
Oest. Staatseisenb.-Ges.	2,535.964 „	108.249 „	— „
Südbahn-Gesellschaft	2,433.223 „	382.687 „	— „
Kaiserin Elisabeth-Bahn	671.189 „	— „	178.321 „
Südnord. Verb.-Bahn	145.004 „	— „	8.433 „
Gailz. Carl-Ludwig-Bahn	349.999 „	6353 „	— „
Lemb.-Gjern.-Jassy-Bahn	109.418 „	— „	37.014 „
Böhmische Westbahn	194.206 „	21.828 „	— „

Einige kleinere Bahnen lassen wir hier weg und fügen nur noch bei, daß von den neuen, im vorigen Jahre erst eröffneten Bahnen die Franz-Josephbahn im Jänner auf 18 Meilen eine Einnahme von 32.358 fl. hatte.

Die böhmische Nordbahn hat seit Eröffnung des ganzen Netzes, das ist, seit 16. bis 31. Jänner d. J., eine Einnahme von 22.832 fl. erzielt. Auf den ausschließlich ungarischen Bahnen haben sich die Verkehrsverhältnisse sehr günstig gestaltet. Die Theiß-Eisenbahn erzielte eine Mehreinnahme von 82.802 fl. Die erste Siebenbürtiger Eisenbahn erzielte im Jänner d. J. eine Gesamteinnahme von 45.783 fl. Von der Mohacs-Fünfkirchner und der Barcs-Fünfkirchner Eisenbahn liegen die Ausweise über Einnahmen vom 1. bis 28. Jänner d. J. vor. Auf der Mohacs-Bahn betragen die Einnahmen 44,605 fl., d. i. bei 1700 fl. per Tag. Sie sind gegen das Vorjahr namhaft gesteigert, wo die Tageseinnahme circa 1100 fl. betrug. Die Barcs-Bahn hat in der gleichen Zeit eine Einnahme von 30.709 fl. erzielt.

Dynamit (Sprengpulver) vom Eisenbahntransporte ausgeschlossen. Das neuerfundene, unter dem Namen Dynamit bekannte Sprengpulver ist über Weisung des k. k. Handelsministeriums, der leichten Entzündlichkeit wegen, vom Transporte auf österreichischen Bahnen gänzlich ausgeschlossen worden.

Angewandte Fremde.

Am 14. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Uranitsch, von Tschernembl. — Staudacher, von Gottsche. — Vater, Fabricant; Battelner, Kreis und Kätzer, Kaufm., von Wien. — Sanger, von Graz. — Elefant. Die Herren: Radaler, k. k. Steuer-Einnehmer, von Wildon. — Braun, k. k. Hauptmann, von Böhmen. — Niedmüller, Kaufm., und Wittenz, Geschäftsm., von Triest. — Ruß, Kaufm., von St. Martin. — Stern, Polzhändler, von Pest. — Süß, Inwelier, von Wien. — Baderischer Hof. Herr Starz, Brauer, von Wien, — Mohren. Die Herren: Hollenstein, Commis, von Cilli. — Pohobraghy, Privatier, von Wien.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien
	6 U. Mg.	329 16	+ 3.0	windstill	größth. bew.	
	15. 2 „ N.	328 60	+ 8.0	ND. schwach	heiter	0.09
	10 „ Ab.	329 88	+ 3.4	windstill	Sternhell	

Nachts heiter, Morgens größtentheils bewölkt, später Aufheiterung, Reif. Sonniger Tag. Nachmittags zunehmende Bewölkung. Intensives Abendroth mit feurigrother Wolkenbeleuchtung. Das Tagesmittel der Wärme + 2.8°, um 3.0° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Der Carneval von 1869.

Casino-Restaurations.

Mittwoch den 17. Februar

CONCERT

der vollständigen Musikcapelle des 79. Infanterie-Regiments Graf Hunn unter persönlicher Leitung des Capellmeisters Schantl.

Revue aller im diesjährigen Carneval aufgeführten Tanz-Piecen.

Programm:

- Die Publicisten, Walzer v. Strauß.
 - Gnomon-Polka Francaise
 - Gerolstein-Quadrille
 - Sirenen-Polka-Mazurka
 - G'schichten aus dem Wiener Wald, Walzer v. Strauß.
 - Sängerlust, Polka Francaise
 - Unter Donner und Blitz, Polka schnell
 - Jax Quadrille v. Schantl.
 - Turner Polka Francaise v. Schantl.
 - Zum Schluß: Musik-Telegramme, Potpourri v. Schantl.
- Anfang 8 Uhr. Entré 15 kr.**